

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

26.9.1931 (No. 224)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 353  
und 354  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
i. S.:  
G. U. Seyfried  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellungen tarifreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verantwortlichkeit zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### \*Die Rede des bad. Finanzministers

Die Rede, die gestern der badische Finanzminister Dr. Mattes im Landtag gehalten hat, enthält zur Frage der Reichsreform und zur Frage des Etatgleichs der Länder einige sehr bedeutende Darlegungen.

Was zunächst die Reichsreform anlangt, so ist Dr. Mattes persönlich an und für sich einer ihrer Anhänger. Aber er bezeichnet es als einen großen Irrtum zu glauben, daß eine solche Reform jetzt bei der Sanierung der Länder irgendwie nützen könne. Die Durchführung der Reichsreform erfordere lange und sorgfältige Vorarbeiten, sie sei ein Programm auf lange Sicht, während wir ein Sofortprogramm benötigen. Im übrigen seien 97 Proz. aller badischen Beamten nicht an der Zentralstelle, sondern im Bezirksdienst tätig. Und dieser Bezirksdienst würde naturgemäß von einer Reichsreform gar nicht berührt werden können. Bei einer weiteren Zentralisierung der Verwaltung in Berlin werde also bestimmt keine Verbilligung herauskommen.

Für Baden sei auf dem Gebiet der Reichsreform das wichtigste die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und ferner die Schaffung leistungsfähiger Länder durch Zusammenlegung kleinerer. Dr. Mattes schwebt die Schaffung eines größeren, südwestdeutschen Oberstaates vor. Aber auch er ist überzeugt davon, daß eine solche Aufgabe niemals in einer Zeit der Krise begonnen und verwirklicht werden kann. Denn die ganze Amorgantisation würde mit ihren Zusammenlegungen und Veränderungen derart ihre Mehrausgaben verursachen, daß kein vernünftiger Mensch sie in dieser Zeit der Not verantworten könnte. Nun, und wir möchten dem noch hinzufügen, daß, wenn einmal die Krisis überwunden ist, und die Etats der Länder und Gemeinden wieder auf gesunder und starker Basis ruhen, dann die Frage einer Reichsreform im Süden überhaupt nicht mehr die Diskussion beherrschen wird. Die Regelung des Verhältnisses von Preußen zum Reich und die allmähliche Beseitigung der kleinen und kleinsten Länder — das sind die Probleme, die akut bleiben werden.

Der Haushaltsausgleich in Baden bereitet der Regierung nach wie vor die ernsteste Sorge. Um so törichter ist, wenn jetzt die „Neue Badische Landeszeitung“ die Öffentlichkeit mit falschen Alarmnachrichten über eine neue, ansehnliche Kürzung der badischen Beamtenbezüge beunruhigt. Finanzminister Dr. Mattes hat sich gestern mit Recht gegen eine solche Art politischer Berichterstattung gewandt und erklärt, er werde versuchen, eine weitere allgemeine Gehaltskürzung — sei es für alle Beamte, sei es für ledige und kinderlose Beamte — zu vermeiden. Das Staatsministerium werde sich in der allerersten Zeit darüber schlüssig werden, welche von den Vorschlägen des Reichsfinanzministers (Einstellungssperre, Beförderungssperre, Stellenwegfall, Entlassungen, Besoldungskürzungen, Herabsetzung des Prozentsatzes bei den Pensionen, Verlängerung der Aufzugsfristen, Herabsetzung ganzer Beamtengruppen, Herabsetzung der Lehrerbildung, Erhöhung der Klassenfrequenz und Pflichtstundenzahl) es akzeptiert und durchführt.

Dr. Mattes hat sich nicht scheut, in diesem Zusammenhang die diktatorische Art unserer heutigen Reichsfinanzpolitik zu kritisieren, und er hat Beispiele dafür angeführt, die in ihrer Auswirkung namentlich für die Gemeinden sehr unangenehm sind. Der Finanzminister empfindet die ganze Methode der Differenzierung zwischen Reich und Ländern als unhaltbar. „Wenn der Reichsfinanzminister den Ländern nur einen Teil dessen gegeben hätte, was er in die illiquid gewordenen Berliner Großbanken hineingesteckt hat, dann hätten wir in Baden unsere Beamtengehälter im Juli nicht zu kürzen brauchen.“

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf eines aufmerksam machen: Gewiß müssen Länder und Gemeinden tüchtig sparen, und zumal Baden, das eine zu teure Verwaltung hatte und seine Beamten im Durchschnitt um 464 M pro Kopf und pro Jahr höher bezahlte als Württemberg; aber das Reich könnte seinerseits noch unendlich viel mehr sparen. Es scheint in Berlin die Ansicht zu bestehen, daß das Reich nun alles Menschenmögliche getan habe, und daß jetzt lediglich noch die Länder und Gemeinden zu folgen hätten. Diese Ansicht ist völlig falsch und

## Keine allgemeine Gehaltskürzung in Baden

Rede des Finanzministers über die Finanzlage in Baden

In der Abend Sitzung des Landtages vom 25. September, über die wir an anderer Stelle des Blattes berichteten, führte Finanzminister Dr. Mattes aus:

Die Beratung des Spargutachten beendet der Landtag genau so wie die Beratung des Haushaltsplanes mit der Behandlung des Finanzministeriums. Bei der Etatberatung ist diese Reihenfolge zwangsläufig, denn der Finanzetat ist die Grundlage und das Schlußstück jedes Haushaltsplans. Der Finanzetat ist der Ausgangspunkt für jeden einzelnen Teilplan und zugleich der Ausdruck und das Ergebnis der Summe der Einzelpläne. Im Finanzhaushalt kommt deshalb die Einheit des ganzen Haushaltsplanes zum Ausdruck.

### Die Finanzwirtschaft ist der Quell der Einheitlichkeit der Staatswirtschaft

Diese Bedeutung des Haushaltsplanes des Finanzministeriums für den Gesamthaushalt des Landes legt die Frage nahe, ob im Spargutachten der Teil über das Finanzministerium eine ähnliche besondere Stellung einnimmt. Diese Frage muß verneint werden. Das Spargutachten ist keine Einheit ähnlich wie ein Haushaltsplan, sondern die Einzelgutachten über die Ministerien sind selbständig und haben beinahe keine Beziehung zueinander.

### Das Spargutachten stellt nur eine Summe von Einzelvorschlägen dar, die wertvolles Material für die Aufstellung des Haushaltsplanes enthalten.

Dagegen ist das Spargutachten kein Gesamtplan, der sich die Erreichung eines bestimmten Zieles, etwa die Sanierung der Staatsfinanzen, gestellt hat.

Diese Bemerkung zu der Bedeutung des Spargutachtens soll keine Kritik sein. Die Verfasser des Spargutachtens hatten diesen Auftrag nicht, sondern sie sollten vielmehr nur untersuchen, welche Vorschläge zu Sparmaßnahmen organisatorischer wie personeller Art zur Beseitigung etwa bestehender unbegründeter Mehrausgaben gegenüber unserem Nachbarlande Württemberg gemacht werden könnten. Über diesen Auftragsumfang hinausgehen, bestand für die Sparkommission keine Möglichkeit, denn sie war eine Beamtenskommission und konnte deshalb nicht weitergehen, weil sie in diesem Falle sehr rasch in das Gebiet des nicht mehr rein verwaltungsmäßig, sondern politisch zu beurteilenden gekommen wäre.

### Aus diesen Gründen besitzt das Spargutachten nur einen begrenzten Wert.

Es ist weder ein Sofortprogramm, noch ein Programm zur Lösung der finanzwirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart, der Sanierung der Staatsfinanzen in der Krisenzeit. Deshalb bedarf das Spargutachten, ausgehend von den finanzwirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart, der Ergänzung. Bevor ich auf diese Ergänzung eingehe, will ich die Vorschläge des Spargutachtens zum Gebiet des

### Finanzministeriums

behandeln. Das Finanzministerium und sich ihm anschließend das Staatsministerium und der Haushaltsausgleich des Landtags haben die Vorschläge der Sparkommission zum Finanzministerium mit kleinen Ausnahmen angenommen. Das Spargutachten zum Finanzministerium bringt grundlegende Änderungen nur für zwei Gebiete, nämlich:

### Die Zentralisation der Bauverwaltung und die Vereinigung der Wasser- und Straßenbaudirektion mit dem Finanzministerium.

Beide Vorschläge begrüßt das Finanzministerium im Interesse der Verbilligung und Vereinfachung der Staatsverwaltung. Die kleineren Vorschläge des Spargutachtens beziehen sich meistens auf die Einstellung der Beamten. Wirklich große Sparvorschläge zum Gebiet des Finanzministeriums ist das Spargutachten zu machen nicht in der Lage. Das Finanzministerium hat von jeher eine starke wirtschaftliche Denkwelt gehabt; das hängt mit seinem ganzen Aufgabengebiet zusammen. Die Verwaltung der Domänen, der Forsten, des Wasser- und Straßenbaues, des Hochbauwesens betrifft immer Gebiete, die infolge ihrer Eigenart wirtschaftliches Denken erfordern und zu ihm erziehen. — Das einzige Gebiet, das in den letzten Jahren stärker angegriffen wurde, war

### die Forstverwaltung

Hier hat aber die Entwicklung der letzten Zeit bereits zu grundlegenden Änderungen zwangsläufig geführt. Gegenüber einem dem Staatsvoranschlag zugrundeliegenden jährlichen Hiebssatz von 820 000 Festmeter werden im laufenden Wirtschaftsjahr voraussichtlich nur 600 000 Festmeter gehauen. Ob es im nächsten Jahr möglich sein wird, zu dem normalen Hiebssatz von 700 000 Festmeter wieder überzugehen, ist vorläufig noch unsicher. Gegenüber der bedeutenden Nutzung von Übervorräten in den früheren Jahren, werden wir also in der nächsten Zeit kaum den laufenden Zuwachs nutzen können. Die Ursache dieser Verengerung des Hiebssatzes ist die Tatsache, daß sich die gesamte deutsche Forstwirtschaft heute an der Grenze

der Unrentabilität bewegt, sie zum Teil sogar schon überschritten hat; das gilt leider auch für unseren doch hervorragenden badischen Staatswald. Wir werden im laufenden Rechnungsjahr noch eine kleinere Rente erzielen, da die Holzgelder des einen Wirtschaftsjahres zum großen Teil erst im folgenden Rechnungsjahr eingehen. Würden wir aber auf Grund der heutigen Holzpreise im laufenden Rechnungsjahr nur die Einnahmen aus dem Hiebssatz des Jahres 1931 erzielen, dann würde der Überschuß der Forstwirtschaft etwa 1 Million Reichsmark betragen gegenüber 7,7 Millionen im Staatsvoranschlag 1930/31.

Wäre diese noch nie dagewesene Katastrophe über die deutsche Forstwirtschaft nicht hereingebrochen, dann wäre der badische Staatshaushalt unter Berücksichtigung der Einsparungen auf Grund des Spargutachtens heute gestärkt.

Was für den badischen Staat gilt, trifft ebenso, ja in mancher Hinsicht noch stärker, für Hunderte von badischen Gemeinden und Tausende von badischen Waldbesitzern zu. Mit 30 Proz. Waldfläche ist Baden das waldbreichste deutsche Land.

In keinem anderen deutschen Land ist deshalb das Schicksal des Staats und der Bevölkerung in so starkem Ausmaß mit dem Wald verbunden, wie in Baden.

Obwohl die badische Regierung jede Gelegenheit dazu benützt hat, um das Reich auf die besonders schweren Auswirkungen des Zusammenbruchs der Holzpreise für Baden hinzuweisen, vermessen wir nach wie vor eine Hilfe des Reiches und der Reichsbahn. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, auch diese Gelegenheit zu benutzen, um gegenüber dem Reich darauf hinzuweisen, daß die jetzige Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft für Baden die größten Gefahren in sich schließt, und daß Hilfe dringend notwendig ist. Die Unrentabilität des Waldes hat auch zu wesentlichen Einsparungen und Vereinfachungen auf anderen Gebieten der Waldwirtschaft, z. B. des Waldbaues, geführt.

Das Spargutachten behandelt zum Schluß noch die grundsätzliche Frage, wie die Erledigung der Staatsgeschäfte auf Beamte und Angestellte verteilt werden soll und stellt den Grundgedanken auf, daß nur die mit eigentlichen Hoheitsaufgaben betrauten Arbeitskräfte im Beamtenverhältnis angestellt werden sollen. Das Staatsministerium hat diesem Grundgedanken im allgemeinen zugestimmt; aber seine Durchführung von der Prüfung des finanziellen Ergebnisses abhängig gemacht. Ich glaube, daß diese Prüfung dazu führen wird, daß man auch in Zukunft in größerem Umfang Beamte beschäftigen wird, als dies bei allgemeiner Anwendung dieses Grundgedankes der Fall wäre.

### Die Regierung ist gewillt und bestrebt, die Stellung des Beamtentums möglichst zu wahren.

Wenn Eingriffe in das Interessengebiet der Beamtenschaft heute unvermeidbar geworden sind, so ist das eine unvermeidliche Folge der Schwere der heutigen Wirtschaftskrise und der besonderen Lage der Beamtenschaft in Baden. Es ist bebauerlich, daß auch die Beamtenschaft in die Wirtschaftskrisen hineingezogen wird, weil Sicherheit der Stellung des Beamtentums und Sicherheit des Staats sehr stark miteinander verbunden sind. Aber alle werden aus der Entwicklung der letzten Zeit die eine Erkenntnis gewinnen müssen, daß die Unabhängigkeit der Beamtenschaft von der wirtschaftlichen Entwicklung sich nur dann aufrechterhalten läßt, wenn die öffentlichen Ausgaben, gemessen an dem gesamten Volkseinkommen, eine gewisse Höhe nicht übersteigen. Betragen die öffentlichen Ausgaben wie in der Friedenszeit nur 20—25 Proz. des Volkseinkommens, dann besteht die Möglichkeit, die Stellung des Beamtentums gegenüber den Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern. Erreichen die öffentlichen Ausgaben aber wie in den letzten Jahren beinahe die doppelte prozentuale Höhe, dann wird bei starken wirtschaftlichen Schwankungen auch die Beamtenschaft unvermeidbar in diese hineingezogen. Je höher der öffentliche Aufwand ist, um so stärker ist auch die Abhängigkeit des Beamtentums von den wirtschaftlichen Vorgängen. Wenn sich diese Rückwirkungen in Baden rascher und stärker als in anderen Ländern gezeigt haben, so hängt dies wieder mit der besonderen Höhe des öffentlichen Aufwands in Baden zusammen. Die Reichsfinanzstatistik hat den Personalstand der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich am 31. März 1923 und am 31. März 1927 untersucht und das Ergebnis in Nr. 18 der „Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches“ veröffentlicht. Es ist sehr lehrreich, das Spargutachten, das ja einen Vergleich zwischen Baden und Württemberg zieht, aus dieser Reichsfinanzstatistik zu ergänzen.

Danach waren am 31. März 1923 beim Land, den Gemeinden und den Gemeindeverbänden in Baden 31 772 und in dem etwa 10 Proz. bevölkerungsreicheren Württemberg 31 915 Beamte und Angestellte beschäftigt.

unberechtigt. Das Reich hat auch heute noch einen so riesigen Verwaltungsapparat, es leidet auch heute noch unter einer derartigen Behördens- und Paragrafen-

Hypertrophie, daß die Forderung nach Sparjamkeit dem Reich gegenüber mindestens ebenso begründet ist, wie gegenüber den Ländern und Gemeinden!



Die Zahl der in der öffentlichen Verwaltung in Baden und Württemberg tätigen Personen war also annähernd gleich. Ihre Gesamtbezüge betragen aber im Rechnungsjahr 1927/28 in Baden rund 143 Millionen, im benachbarten Württemberg nur 129,5 Millionen. Dementsprechend betragen die durchschnittlichen Bezüge der Beamten in Baden 4603 M., in Württemberg 4139 M. Dieser Unterschied in bezug auf den öffentlichen Aufwand ist die Hauptursache, warum Baden früher und stärker als unser Nachbarland Württemberg und andere Länder zu Notmaßnahmen gezwungen war. Dieser Vergleich zeigt erneut, daß der Schutz der Beamtenrechte die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben voraussetzt.

Je länger die Wirtschaftskrisis dauert, umso entscheidender für die Finanzpolitik der Länder wird der Zwang, den das Reich auf die Finanzpolitik der Länder ausübt. Es ist das Reich und das Reichsfinanzministerium, das heute alle Länder zu härtesten Eingriffen in das wirtschaftliche und rechtliche Beamtengebiet zwingt. Wenn das Reich nur einen kleinen Teil seiner Ersparnisse durch den Hoover-Plan an die Länder abgeben würde, dann könnte ein nicht unwesentlicher Teil der Notmaßnahmen der Länder unterbleiben.

**Demgegenüber verlag das Reichsfinanzministerium den Ländern jegliche Hilfe und zwingt sie dadurch, ihre Beamten schlechter als die Reichsbeamten zu stellen.**

So war die Lage im Juli und so ist sie heute wieder. — Schon in der Regierungserklärung wurde darauf hingewiesen, daß infolge der zu optimistischen Schätzungen der Reichsfinanzministeriums vom 22. Juni d. J. und infolge Verschlechterung sonstiger Einnahmen inzwischen ein neuer Fehlbetrag von 8 bis 10 Millionen Reichsmark entstanden ist. Da das Spargutachten und andere Sparmaßnahmen auf sachlichem Gebiet für den Rest des Rechnungsjahres nur eine Ersparnis von etwa 8 Millionen Reichsmark bringen, bleibt also

**ein weiterer Fehlbetrag von etwa 7 Millionen Reichsmark**

zu decken. Da sich im Juli bei Erlassung des Notgesetzes einige Parteien darüber beschwert haben, daß sie keine Gelegenheit gehabt haben, ihre Wünsche und Anträge zu diesem Gesetz vorzubringen, habe ich in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses diesen von der Notwendigkeit der Deckung dieses neuen Defizits Mitteilung gemacht und um Vorschläge zur Deckung desselben gebeten. Die Parteien, die sich im Juli beschwerten, haben aber trotz der ihnen jetzt gebotenen Gelegenheit, auf die Lösung dieser Finanzaufgabe einzuwirken, keine wesentlichen Vorschläge gemacht. Einen Gesetzentwurf über die Deckung des Defizits kann aber die Regierung so lange nicht ausarbeiten und deshalb auch nicht vorlegen, als der Landtag das Spargutachten nicht verabschiedet hat. Lediglich von nationalsozialistischer Seite kam der Vorschlag, keinem Staatsbeamten mehr als 12 000 M. auszubehalten. Dieser Vorschlag gab mir Veranlassung, einmal feststellen zu lassen, wie viele Beamte in Baden nach dem Stand auf 1. September 1931 Nettoeinkünfte über 12 000 M. haben. Das sind im ganzen 118, oder bei rund 23 000 Beamten 1/2 Prozent. Von diesen 118 Beamten beziehen 9 ein Nettoeinkommen über 15 000 M. Würde man nun diese 118 Beamten auf 12 000 M. jährlich heruntersetzen, so würde das für die Hälfte des Rechnungsjahres, das noch vor uns liegt, eine Ersparnis von rund 84 000 M. ergeben. Bei einem Fehlbetrag von 7 Millionen M. könnte man also mit dem nationalsozialistischen Vorschlag etwa 1 Prozent dieses Fehlbetrages decken. Andere Kreise, vor allem solche der Staatspartei in Baden, bringen zur Zeit die Frage der Sanierung der Landesfinanzen sehr stark in Zusammenhang

**mit der Frage der Reichsreform.**

Ich bin ein Anhänger der Reichsreform, aber es ist ein 100prozentiger Irrtum, wenn man glaubt, daß bei der Sanierung der Landesfinanzen im Jahr 1931 eine Reichsreform irgendwie helfen könnte. Es zeigt sich hier ein eigenartiger Widerspruch zwischen den Forderungen badischer Demokraten und ihrem Parteiführer im Reich. Während die badischen Demokraten im Zusammenhang mit der Sanierung der Landesfinanzen nach der Reichsreform verlangen, verweist der Führer der Staatspartei im Reich, Herr Reichsfinanzminister Dietrich, die Länder zur Sanierung ihrer Finanzen reflexlos auf das Gebiet der Selbsthilfe. Wenn den Ländern heute mit der Reichsreform geholfen werden kann, dann verstehe ich nicht, daß die Demokraten nicht einfach von ihrem Parteiführer im Reich verlangen, daß nun die Reichsreform vom Reich durchgeführt wird, woher sie ja allein kommen kann, um die Not der Länder zu beseitigen. Auch wenn man ein Freund der Reichsreform ist, muß man sich doch darüber klar sein, daß ihre Durchführung große Vorarbeiten und lange Zeit erfordern würde, da sie ein Programm auf lange Sicht ist und bei dem Sofortprogramm, das wir brauchen, ausscheiden muß. Selbst diese Vorarbeit, soweit sie Baden betrifft, ist aber heute zum größten Teil noch nicht geleistet. Wenigstens habe ich bisher in den Akten der badischen Regierung, obwohl ja die Demokraten 9 Jahre in der Regierung waren und 2 Jahre den Staatspräsidenten stellten, kaum etwas Wesentliches feststellen können.

Da aber die Frage der Reichsreform in der öffentlichen Meinung zur Zeit wieder eine große Rolle spielt, möchte ich einige wesentliche, damit zusammenhängende Fragen zu klären versuchen.

Die Frage der Reichsreform kann sich zunächst einmal auf die Zentralisierung der Verwaltung beziehen. Ohne diese Frage abschließend beurteilen zu wollen, habe ich den Eindruck,

**daß bei einer Zentralisierung der Verwaltung keine Verbilligung herauskommt.**

Eine Vergleichsmöglichkeit haben wir hierbei in der Zoll- und Steuerverwaltung. Diese war bis nach dem Kriege badisch und ist seither eine Reichsangelegenheit. Wenn man nun die badische Zoll- und Steuerverwaltung des Jahres 1913 vergleicht, so ergibt sich folgendes Bild: Es waren in diesen Gebieten tätig

im Jahre 1931 rund 4300 Beamte und Dauerangestellte, davon im Ministerium und der Zentralverwaltung des Zoll- und Steuerwesens im Finanzministerium 1913 etwa 140 Personen, jetzt im Landesfinanzamt etwa 270 Personen. Dabei hatte die badische Finanzverwaltung im Jahre 1913 noch die umfangreichen Ressortgeschäfte der Wasser- und Straßenbauverwaltung, die Erhebung der Justizgebühren, der Notariats- und Grundbuchgebühren, der Strafen und der Sporteln zu besorgen, Aufgabengebiete, die die Reichsfinanzverwaltung heute nicht besorgt. Diese Zahlen geben doch außerordentlich zu denken. Man vergißt meistens bei der Beurteilung der Möglichkeiten einer Reichsreform auf dem Gebiete der Verwaltung, daß der größte Teil der Landesbeamten ja nicht in der Zentrale, sondern im Bezirk tätig ist. Von den rund 23 000 Beamten, die das Land Baden hat, sind in den Ministerien einschließlich der Zentralverwaltungen der Forsten, Domänen und des Wasser- und Straßenbaues nur etwa 600, also weniger als 3 Proz. tätig.

**Während 97 Proz. der badischen Beamten im Bezirksdienst sind.**

Die Organisation des Bezirksdienstes — von wenigen Ausnahmen abgesehen — ist aber im wesentlichen unabhängig von

einer Reichsreform, kann zum mindesten von den Ländern allein vereinigt und verbilligt werden. — Die für Baden wichtigsten Aufgaben und Möglichkeiten einer Reichsreform liegen deshalb auf einem anderen Gebiet. Sie liegen einmal in der Beseitigung des Dualismus zwischen Preußen und Reich, und dann in der Schaffung leistungsfähiger Länder durch Zusammenlegung kleinerer Länder, ohne Rücksicht auf die historischen Grenzen auf Grund der wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse und Entwicklungstendenzen der Gegenwart. Damit wäre nach meiner Meinung für Südwestdeutschland, von der für die Länder nicht passenden heutigen Form des Parlamentarismus abgesehen, der wichtigste Teil der Reichsreform gelöst. Was darüber hinaus an Vereinheitlichung in Deutschland noch notwendig ist, das läßt sich ohne Aufhebung der Länderverwaltungen auf dem Wege über die Reichsreform erreichen. — Wenn man aber den Hauptzweck einer Reichsreform für Südwestdeutschland, wie ich dies tue, in der Schaffung eines größeren südwestdeutschen Oberreichtums sieht, dann muß man sich darüber klar sein, daß diese Aufgabe niemals in einer Krisenzeit angegangen und durchgeführt werden kann; denn die Zusammenlegung von Ländern macht ja die Vereinheitlichung des gesamten Rechts und die Zusammenlegung und Veränderung von Behörden in einem solchen Ausmaß nötig, daß mit ihr zunächst natürlich wesentliche Mehrausgaben verbunden sein werden, also gerade das, was eine Krisenzeit nicht leisten kann.

Die Reichsreform ist deshalb kein Mittel, um die finanzwirtschaftlichen Aufgaben unseres Landes in dieser Zeit irgendwie zu erleichtern, nachdem das Reichsfinanzministerium jede Hilfe verweigert.

Deshalb bleibt nur das, was das Reich von uns verlangt, nämlich der Weg der Selbsthilfe, auf Grund der gegebenen staatsrechtlichen Verhältnisse.

**Welches ist nun dieser Weg der Selbsthilfe?**

Darüber hat man in der Presse bereits viele Ansichten und Vermutungen gehört. All diese Mitteilungen sind verkrüppelt, da überhaupt noch keine endgültigen Beschlüsse vorliegen. Vor allem aber gehören die Mitteilungen über Vorschläge, die ich bei der Besprechung mit dem Reichsfinanzminister in Berlin gemacht haben soll, vollkommen in das Reich der Fiktion. Ich habe in der Besprechung der süddeutschen Länder und Sachverständigen mit dem Reichsfinanzminister überhaupt keine Vorschläge gemacht. Im übrigen ist die Frage, mit welchen Finanzplänen der Finanzminister nicht nur in Baden, sondern auch in andern Ländern sich zur Zeit beschäftigt, ja verhältnismäßig leicht zu beantworten. Man braucht sich bloß die Frage zu stellen, was will der Reichsfinanzminister Dietrich mit seiner Dietramszeller Notverordnung und mit seinem Rundschreiben an die Landesregierungen über den Haushaltsausgleich vom 27. August 1931, um die Antwort darauf geben zu können,

**nicht, was die badische Regierung und der badische Finanzminister wollen, sondern was sie tun müssen.**

Die Reichsfinanzpolitik hat sich ja immer mehr zu einer Diktatur über die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden ausgewachsen. Ein besonders lehrreiches Beispiel dieser diktatorischen Beeinflussung der Finanzwirtschaft in den Ländern und Gemeinden ist uns vor wenigen Tagen zugegangen. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 steht in ihrem 4. Teil vor, daß die 60 Millionen Reichsmark, die durch den Wegfall der Lohnsteuererstattungen voraussichtlich erparnt werden, zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände verwendet werden sollen. Beteiligt werden an dieser Erleichterung aber nur solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die die gesetzlich zugelassenen oder vorgeschriebenen Steuern in der erforderlichen Höhe ausgenutzt haben. In dem erwähnten jüngsten Rundschreiben des Reichsfinanzministers wird nun wörtlich gesagt:

„Daß die Gemeindebeiträge, die Gemeindegetränke- und die Bürgersteuer in der erforderlichen Höhe ausgenutzt sind, wird nach der Lage der Dinge und in Anbetracht der voranschreitenden Entwicklung der Dinge im Winter nur dann anerkannt werden können, wenn erhoben werden:

die **Gemeindebeiträge** mit dem Doppelten der reichsrechtlichen Steuerhöhe,

die **Gemeindegetränkesteuer** mit mindestens 10 v. H. des Kleinhandelspreises,

die **Bürgersteuer** mit mindestens dem Dreifachen des Landesatzes.

Erhebt eine Gemeinde auch nur eine dieser Steuern nicht oder mit niedrigeren Sätzen, so wird das als Verzicht auf die Beteiligung an der Reichshilfe anzusehen sein.“

Dieses Rundschreiben bedeutet nichts anderes, als daß den Gemeinden, die eine Erleichterung ihrer Wohlfahrtslasten seitens des Reiches wünschen, die Steuerhöhen für die Gemeindebeiträge, die Gemeindegetränkesteuer und die Bürgersteuer vorgeschrieben werden.

Etwas ähnliches bedeutet das Rundschreiben des Reichsfinanzministers vom 27. August über den Haushaltsausgleich bei den Ländern. Dort wird in der Einleitung ausgeführt, daß die Dietramszeller Notverordnung auf der Erwägung beruhe, daß einmal die Haushalte der Länder und Gemeinden unbedingt ausgeglichen, und daß andererseits Entlastungen beseitigt werden müssen, die das zu hindern oder auch nur zeitlich aufzuhalten geeignet sind. Durch Reichsverordnung könnten die zur Durchführung des Staatsausgleichs in Ländern und Gemeinden notwendigen Maßnahmen unmittelbar nicht vorgeschrieben werden, denn die Rechtslage sei in den Ländern ebenso verschieden, wie die Gesamtheit der in Betracht kommenden Maßnahmen, d. h. aber mit andern Worten: Das Reich verlangt von den Ländern unbedingt den Ausgleich ihrer Staatsvoranschläge und hätte dies auch von sich aus durch Reichsverordnung durchgeführt, wenn die Verhältnisse der Richtlinien und finanzwirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern dies nicht unmöglich machen würden. Es heißt dann weiter in dem Rundschreiben:

„Die Länder und Gemeinden müssen also die erforderlichen Maßnahmen unter eigener Verantwortung in die Wege leiten, wobei allererster Grundsatze ist, daß auf jeden Fall der Staatsausgleich herbeigeführt werden muß.“

Dieses Rundschreiben gibt dann weiter eine ganze Menge von Einzelvorschlüssen und nimmt vor allem auch Bezug auf das

**Sparprogramm des deutschen Städtetags.**

Es werden vor allem folgende Vorschläge gemacht: Einstellungsstopp, Beförderungsstopp, Stellenwegfall, Entlassungen und Räumungen von Angestellten und Arbeitern, Kürzung der Besoldung, Herabsetzung des Hundertsatzes bei den Pensionen, Wartegeld- und Hinterbliebenenbezügen, Verlängerung der Aufzugsfristen für die Dienstaltersstufen, Herabsetzung ganzer Beamtengruppen, deren Besoldung unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse gegenüber der Besoldung anderer früher mit ihnen gleich bewerteten Beamtengruppen zu hoch erscheint, Reduzierung der Urlaubsbestim-

mungen, Herabsetzung der Lehrerbildung, Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl in den Schulen usw. Welche von diesen Vorschlägen des Reichsfinanzministers wir in Baden durchzuführen geneigt sein werden, kann ich heute noch nicht sagen. Die Berechnungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, so daß wir überhaupt noch keine genauen Überblicke über ihre Auswirkungen haben. Wir werden aber nur das äußerste Notwendige tun. Um aber der in die Beamtenenschaft durch eine Reihe von Pressemitteilungen und Erörterungen hineingetragenen Unruhe entgegenzutreten, möchte ich heute schon mitteilen, daß ich den Versuch machen werde, bei den jetzt zu treffenden Notmaßnahmen

**dem Staatsministerium keine Vorschläge in Richtung auf eine weitere allgemeine Gehaltskürzung, sei es für alle Beamte, sei es für die in der Presse erwähnten ledigen oder kinderlos verheirateten Beamten zu machen.**

Das Reich teilt den Ländern und Gemeinden dann weiter mit, daß sie, außer etwa in Fällen einer Umschulungsaktion oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge, eine finanzielle Hilfe seitens des Reiches nicht zu erwarten haben. Und dann heißt es zum Schluß, „ich muß aber schon jetzt darauf hinweisen, daß ich auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtslasten nur dort unterstützend eingreifen werde, wo sowohl im Lande, als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Staatsausgleich erforderlich getan worden ist. Das Reich zwingt also die Länder, wenn ihr Etat nicht ausgeglichen ist, zu weitgehenden Eingriffen in das wirtschaftliche und rechtliche Interessengebiet der Beamten und lehnt eine Hilfe auch dann ab, wenn diese Eingriffe noch so schwerwiegend sind. Ich bin der Meinung, daß der jetzt vom Reich beschrittene Weg der Differenzierung zwischen Reich und Ländern unhaltbar ist.“

Wenn der Reichsfinanzminister Dietrich den Ländern nur einen Teil dessen gegeben hätte, was er in die Schwad gewordenen Berliner Großbanken hineingesteckt hat, dann hätten wir unsere Beamten in Baden im Juli nicht zu kürzen brauchen.

Die Dietramszeller Notverordnung ist nur zum Teil eine Stärkung der Stellung der Landesregierungen; ihr Kern ist eine wesentliche Erweiterung der Machtstellung des Reiches gegenüber den Ländern auf Gebieten, die bisher von den Ländern selbständig und unabhängig vom Reich geregelt werden konnten. Was wir heute auf finanzwirtschaftlichem Gebiet tun, dafür liegen Ursachen und Verantwortung heute stärker beim Reich wie beim Lande selbst. — Lassen Sie mich zum Schluß noch einige die Öffentlichkeit jetzt stark beschäftigende Fragen kurz behandeln. Die erste ist die,

**befinden wir uns mit unserer ganzen Finanzpolitik überhaupt auf dem richtigen Weg?**

Ist diese immer weitergehende Ausgabendroffnung nicht grundsätzlich falsch, nicht eine Bewegung ohne Ende, denn sie verringert immer mehr die Kaufkraft, damit den Umsatz und die Arbeitsmöglichkeiten, damit die Steuern usw., so daß sich ein Kreislauf ergibt, der immer wieder beginnt, nur jedesmal auf einer anderen Höhe? Diese Überlegung ist nach meiner Meinung unrichtig, denn sie verwechselt das Problem der Größe der Kaufkraft in einer Volkswirtschaft mit ihrer Verteilung. Wenn man im Staat eine Million mehr ausgeben will, als auf Grund der jetzigen Steuerhöhe eingeht, dann muß man die Steuern erhöhen, also erst einer anderen Bevölkerungskategorie die Million wegnehmen, um sie für Staatsausgabe ausgeben zu können. In dem Ausmaß, als man die Kaufkraft des Staates erhöht, verringert man sie also an einer anderen Stelle in der Volkswirtschaft. Das Problem der öffentlichen Ausgaben ist deshalb ganz überwiegend ein Problem der Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft. Mit der Änderung der Einkommensverteilung ändert sich allerdings auch die Richtung der Einkommensverteilung. Diese Änderung der Einkommensverteilung wirkt sich nun bei dem einzelnen Geschäftsmann als Verringerung der Nachfrage aus. Er beurteilt deshalb diese volkswirtschaftlichen Vorgänge als eine Verringerung der Kaufkraft, während es vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus nur eine Änderung in der Kaufkraftverteilung und damit verbunden der Einkommensverteilung ist. Krisenzeiten bedeuten eine Verringerung des Ertrags einer ganzen Volkswirtschaft. Die Ursachen dieser Ertragsverringering liegen überwiegend in der Wirtschaft selbst und sind unabhängig von dem jemals herrschenden politischen System.

**dem sinkenden volkswirtschaftlichen Ertrag müssen natürlich auch die öffentlichen Ausgaben angepaßt werden.**

Da aber das Sinken dieses volkswirtschaftlichen Ertrags in der Krisenzeit eine kontinuierliche Entwicklung darstellt, ist die Aufgabe der Anpassung des öffentlichen Aufwands an den sinkenden volkswirtschaftlichen Ertrag solange nicht endgültig gelöst und lösbar, als die Wirtschaftskrisis ihren Tiefpunkt nicht erreicht hat. Deshalb besteht in der Krisenzeit die Notwendigkeit, den Haushaltsplan immer wieder anzugleichen. Deshalb ist es aber auch unrichtig, aus der Unmöglichkeit eines dauernden Staatsausgleichs in der Krisenzeit zu folgern, daß die immer wiederkehrenden Staatsänderungen zwecklos und unfruchtbar sind. Sie sind undaunder, weil ihre Ursachen nicht verstanden werden, aber sachlich absolut notwendig.

Die eben kurz geschilderte Grundlinie unserer heutigen Finanzpolitik würde nur dann, wenn auch nicht unrichtig, so schließlich unfruchtbar sein, wenn es unserer Volkswirtschaft und ihren internationalen Beziehungen nicht gelänge, wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen, d. h., wenn es nicht möglich wäre, die Wirtschaftskrisis zu überwinden und eine neue Aufstiegszeit zu erreichen. Das Problem der Wirtschaftskrisis in der modernen Wirtschaft ist sehr schwierig und vielseitig. Ich kann deshalb nur ein paar Streiflichter darauf werfen; aber immerhin ist dies im Zusammenhang mit der Beurteilung unserer Finanzpolitik notwendig. Die Tatsache der wellenförmigen Entwicklung der modernen Wirtschaft und damit der Abwechslung von Aufschwungs- und Krisenzeiten, ist unabhängig von dem politischen System, nach dem ein Volk regiert wird. Die größte Krise im 19. Jahrhundert hat Deutschland wenige Jahre nach dem Sieg über Frankreich in den 70er Jahren erlebt, also in einer Zeit, in der der monarchische Obrigkeitssinn politisches System war und eine große Kriegsschuldigung nach Deutschland geflossen ist.

**Trotzdem folgte auf die Krisis der 70er Jahre eine Etodung von zwei Jahrzehnten.**

Aber immer hat, wie die Wirtschaftsgeschichte zeigt, sich schließlich die Etodung in der Wirtschaft durch die aus ihr herauswachsenden Gegenkräfte selbst überwinden. Da ich der Meinung bin, daß sich auch die heutige Krise nicht in ihrem Wesen, sondern nur in ihrem Ausmaß von früheren immer wieder überwinden Wirtschaftskrisen unterscheidet, habe ich die Hoffnung und das Vertrauen,



daß auch aus dieser Krisis wieder eine Zeit des Aufstiegs herauszuwachsen wird.

Unsicher und zur Zeit unbeantwortbar ist lediglich die Frage, wie lange wir und die gesamte Weltwirtschaft brauchen werden, um die heutige Stodungszeit zu überwinden. Das Verhältnis zwischen Stodungsjahren und Aufschwungsjahren war in der Wirtschaftsgeschichte ganz verschieden. Spiethoff weist z. B. in seiner Abhandlung über Krisen im Handwörterbuch der Staatswissenschaften darauf hin, daß in Deutschland in die Zeit von 1869-1894 11 Aufschwungsjahre und 15 Stodungsjahre, in die folgende Zeit bis 1913 dagegen 15 Aufschwungsjahre und nur 4 Stodungsjahre fallen. Es wechseln also in der Wirtschaftsgeschichte nicht nur Aufschwungsjahre mit Stodungsjahren, sondern über Jahrzehnte sich ausdehnende Stodungsphasen mit ebenso lang andauernden Aufschwungsphasen. Gleichgültig, wie die Zukunft in dieser Hinsicht sein wird, über das eine muß sich das deutsche Volk klar sein, daß es in der Geschichte immer einige Jahre gebauert hat, bis die Krisis überwunden war,

und daß es kein politisches Mittel gibt, um diese Zeit wesentlich abzukürzen. Nur das eine ist sicher, daß die Überwindung einer Wirtschaftskrisis Vertrauen und deshalb Ruhe, Ordnung und Sicherheit voraussetzt, und daß jedes politische Experiment die Wirtschaftskrisis verlängern und verschlimmern muß. Krisenzeit ist Prüfungszeit, die im Leben der Völker und der Volkswirtschaften ebenso immer wiederkehren, wie im Leben des Einzelmenschen. Das deutsche Volk wird auch die jetzige Prüfungszeit überwinden, wenn es ausdauert und sie trägt, wie es der Einzelmensch tun muß, in dem Glauben an seine Kraft und seine Zukunft.

## Gespräche des Reichskanzlers

### Brüning bei der Duisberg-Feier

Der Reichsverband der Deutschen Industrie veranstaltete Freitag abend in Berlin zu Ehren seines scheidenden Präsidenten, des Geh. Rats Prof. Dr. Dr. Dr.-Ing. Carl Duisberg, eine im einfachsten Rahmen gehaltene Feier. Für die Reichsregierung ergriff Reichskanzler Dr. Brüning das Wort und sagte u. a., nachdem er Duisberg die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung zum 70. Geburtstag ausgesprochen hatte:

Auch an mein Ohr klingen tagtäglich bangende Rufe nach der Besserung. Ich weiß, daß das eine naturgemäße Erscheinung ist. Der Umfang der Tätigkeit der Reichsregierung ist in den vergangenen Wochen und Monaten ein viel umfassenderer gewesen, als es zur Stunde zweckmäßig erscheint, einer größeren Öffentlichkeit mitzuteilen. Abgesehen von diesem, hat die Reichsregierung eine Fülle anderer Maßnahmen bereits getroffen, bzw. zur Verwirklichung in der nächsten Woche vorbereitet. Darüber hinaus wird es nötig sein, gewisse noch weitertragende Schritte zu tun, in dem Augenblick, in dem die Bewegung des englischen Pfundes, die am vergangenen Samstag eingeleitet hat, in ihrer weiteren Entwicklung sicher erkannt werden kann.

Alle diese Maßnahmen der Reichsregierung bedeuten die Zurücklegung eines harten und schmerzlichen Weges. Es geht nicht anders, als schrittweise die Fehler einer langen Vergangenheit in sorgfältiger Abwägung und Überlegung aller einzelnen Phasen, auch mit Rücksicht auf die jeweiligen Veränderungen der Außenpolitik, wieder zu beseitigen. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß dieser Weg manchem nicht schnell genug geht. Dieser Weg ist einfach; er ist der Weg des gesunden Menschenverstandes. Er ist sicher und hält daher auch jeder problematischen Theorie gegenüber stand. Und wer sich über die ganze Tragweite der Entwicklung der letzten Monate bis in die letzten Tage hinein klar ist, der wird, wenn je, dann heute, zu der Überzeugung kommen müssen, daß dieser Weg im gegenseitigen Verständnis gemeinsam von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegangen werden muß.

In den harten Tatsachen wird keine Schicht der Bevölkerung vorübergehen können. Starke Nerven brauchen im wesentlichen darauf, den richtigen Zeitpunkt zu wählen, die Einsicht der Bevölkerung wachsen zu lassen, manchmal etappenweise, manchmal wieder schlagartig mit Reformen, die alle Kreise der Bevölkerung betreffen, hervorzutreten. Wenn eine solche Regierung entschlossen ist, den Weg, den sie sich vorgezeichnet hat, ohne das Endziel aus dem Auge zu verlieren, zu gehen, so wird sie — das darf ich in diesem Kreise heute versichern — aus dieser Einsicht trotz aller Kritik und vieler Zweifel die Kraft schöpfen, inmitten einer Welt von Schwierigkeiten mægevoll das deutsche Lebensschicksal zu leiten.

Der Reichskanzler verlas dann ein Handwrittenes des Reichspräsidenten. In diesem Schreiben spricht der Reichspräsident seine herzlichsten Glückwünsche aus und gedenkt dankbar der Förderung der deutschen Wissenschaft durch Duisberg. Das Schreiben schließt: „Der Reichspräsident verehrt dem verdienstvollen Förderer deutscher Wissenschaft und Wissenschaft den Abdruck des Reiches.“

Nach Beendigung der großen Gratulationscour brachte Duisberg seinen Dank für die Ehrung zum Ausdruck. Er wünschte seinem Nachfolger, Dr. Brüning von Böhlen und Salbach, daß den sieben mageren Jahren sieben bessere folgen mögen, und betonte seine Überzeugung, daß das deutsche Volk nur dann eine neue Blüte erlangen werde, wenn dem Ringen um die Macht im Staate ein Ringen um die Macht für den Staat folge.

**Konferenz der Innenminister.** Die Innenminister der Länder trafen heute, Samstag, in Berlin zu einer Besprechung im Reichsinnenministerium unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Brüning zusammen. Es handelt sich um eine der üblichen Konferenzen zur Erledigung laufender Angelegenheiten. In der heutigen Konferenz dürften die für den Winter sich ergebenden Hilfsmaßnahmen und der Einzelbestimmungen der großen Notverordnung, besonders die Frage der Handhabung der geplanten Sondergerichte zur schnellen Aburteilung von Gewalttaten und Ausschreitungen besprochen werden.

**Die Vertreter der Kommunen beim Reichskanzler.** Der Kanzler hat Freitag vormittag außer dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages auch die führenden Persönlichkeiten des Deutschen Städtetages empfangen, um mit ihnen die finanzielle Lage der Gemeinden zu erörtern.

**REDA gegen antisozialistische Kundgebungen.** Die Reichsregierung hat, wie aus München gemeldet wird, allen ihren Angehörigen die Teilnahme an etwaigen Kundgebungen gegen die französischen Minister verboten. Jede Zuhörerbestrafung wird mit dem sofortigen Ausschluss aus der Partei bestraft. Der „Völk. Beob.“, der das Verbot veröffentlicht, fügt ihm eine Meldung der Parteileitung hinzu, in der davon die Rede ist, daß solche Kundgebungen nur von Provokateuren inszeniert werden könnten, um dadurch Gründe zum Vorgehen gegen die REDA zu schaffen.

## Letzte Nachrichten

### Heute Dauerführung des Reichskabinetts

#### Abtrennung der Wirtschaftsfragen vom Herbstprogramm

BRN. Berlin, 26. Sept. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinetts hat seine Beratungen über das Herbstprogramm heute vormittag wieder aufgenommen. Es ist beabsichtigt, die Verhandlungen auch heute nachmittag weiterzuführen und schließlich noch heute abend eine Besprechung über die letzten Vorbereitungen für den Besuch der französischen Minister abzuhalten. Sie sind im wesentlichen, soweit es sich um das äußere Programm handelt, fertig. Aber es liegt auf der Hand, daß der Kanzler sich mit seinen Mitarbeitern auch noch einmal über die Gesprächsgegenstände unterhalten möchte.

Was das Herbstprogramm anlangt, so haben die bisherigen Beratungen gezeigt, daß es nicht in einem Zuge durchzuführen ist. Der Kanzler hat in seiner gestrigen Rede bei der Geburtstagsfeier für Geh. Rat Duisberg ja auf die Bedeutung hingewiesen, die die Entwicklung der Fundbewegung auch für Deutschland hat. In der Tat haben sich bereits sehr schwerwiegende Auswirkungen, namentlich für den deutschen Rohlenbergbau und die Schifffahrt, gezeigt, und Vertreter dieser beiden Wirtschaftszweige sind in den letzten Tagen bereits bei den maßgebenden Stellen in Berlin vorstellig geworden, um sie über die hier drohenden Gefahren im einzelnen zu unterrichten.

Unter diesen Umständen wird der Hinweis des Kanzlers in unterrichteten Kreisen so verstanden, daß die wirtschaftspolitischen Probleme von dem Herbstprogramm zunächst abgetrennt und erst Ende Oktober gelöst werden sollen, so daß die für die nächste Woche erwartete Rotverordnung sich also auf die finanzpolitischen, die budgetären und ähnlichen Fragen beschränken wird. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist übrigens festzustellen, daß der Kanzler mit den von ihm angekündigten weittragenden Schritten nur Maßnahmen gemeint hat, die sich in der Richtung einer weiteren konsequenten Deflation bewegen. Sobald sich die Bewegung des Sterlingkurses übersehen läßt, wird man erwägen, wie weit durch tarif- und handelspolitische Maßnahmen der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben werden kann, sich der verstärkten englischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt anzupassen.

Die Beratungen des Reichskabinetts hatten gestern fast den ganzen Tag in Anspruch genommen.

Recht interessant ist, daß in Kreisen der Reichsregierung auch der Gedanke erwogen wird, Privatfirmen die juristische Möglichkeit zu geben, überhöhte Zinsgebühren leitender Angestellter auch da herabzusetzen, wo einer solchen Maßnahme bisher Privatverträge entgegenstehen. Der Gedanke ist seinerzeit auch im Zusammenhang mit den Kürzungen der Beamtengehälter und Großpensionen aufgetaucht.

Das wichtigste Ergebnis der Beratungen am Donnerstag dürfte in einer Verständigung über die Entschuldung der Gemeinden zu liegen sein. Der hierfür gefundene Lösung kommt infolgedessen eine gewisse grundsätzliche Bedeutung zu, als die Entschuldungsaktion nicht von den Ländern, sondern vom Reich durchgeführt werden wird. Mit den meisten der anderen Fragen ist das Kabinetts gestern noch nicht fertig geworden. So muß zum Beispiel auch das Projekt der Kleinrenten noch weiter beraten werden.

Ebenso ist die umstrittenste der zur Behandlung stehenden Fragen, die Senkung der Hauszinssteuer, noch nicht erledigt. Auch die Senkung und Herabsetzung der großen Pensionen scheint doch jetzt wieder stärkeren verfassungsrechtlichen Bedenken zu begegnen, so daß noch keineswegs feststeht, ob das Kabinetts sie beschließen wird.

Schließlich scheinen sich die Nachrichten zu bestätigen, daß eine Zusammenlegung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge im Augenblick noch nicht zu erwarten ist. Der Schwerpunkt der Arbeitslosenfürsorge liegt zur Zeit in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, in deren Vorstand eingehende Verhandlungen darüber stattfinden, welche Maßnahmen einem zu erwartenden Defizit entgegengestellt werden können.

### Der französische Besuch in Berlin

#### Sicherungsmaßnahmen

BRN. Berlin, 26. Sept. (Priv.-Tel.) Die Reichsbahndirektion Berlin und die Polizei haben die Absicherungsmaßnahmen beim Empfang der französischen Staatsmänner bis ins einzelne geregelt. Der Sicherheitsdienst auf dem Bahnhof Friedrichstraße ist von der Reichsbahn der Schutzpolizei übertragen worden. Während der Anfunfts- und Begrüßungszeit werden keine weiteren Fernzüge weder aus dem Westen noch dem Osten im Bahnhof Friedrichstraße einlaufen. Der Platz um den Bahnhof Friedrichstraße wird von der Polizei abgeriegelt. Die französischen Staatsmänner werden von den Empfangszimmern des Bahnhofs aus in Begleitung des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers mit Kraftwagen zum Hotel Adlon geleitet werden, dessen Eingang in weitem Umkreise abgesperrt wird. Auch für die Fahrtstrecke sind umfassende polizeiliche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Nach Ankunft der Delegation im Hotel Adlon wird ein verstärkter Streifen dienst der Schupo und ein entsprechendes Aufgebot von Beamten der Abteilung I a eingesetzt werden.

### Die englischen Schutzollbestrebungen

BRN. London, 26. Sept. (Tel.) Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Anthony Eden, führte in einer Rede in Stratford of Avon aus: Es gibt nur einen Weg, auf dem wir die Balancierung des Außenhandels sicherstellen können, nämlich durch die unverzügliche Einführung eines Zolltarifes. Die Entwertung unserer Valuta macht einen Tarif keineswegs unnötig; im Gegenteil, sie unterstreicht seine dringende Notwendigkeit.

Den geretteten deutschen Ozeanfliegern Rody und Johannsen wurde in New York ein begeisterter Empfang zuteil. Sie erklärten, daß ihre Instrumente teilweise vereitelt gewesen, und daß sie daher nicht gewußt hätten, daß ihre Benzin- und Ölborrate bereits gering waren. Das Öl ging 80 Meilen von Cap Race aus, worauf das Flugzeug auf die stark bewegte See herabglitt. Infolge der Wegspaltung des Proviants habe ihre Lagerkation nur aus einem verrottenen öligen Notarbeitsmittel bestanden, wovon bei der Rettung nur ein kleiner Rest übrig war, sowie einigen Gramm Schokolade.

## Der Mandchurien-Konflikt

### Japan gegen Völkervermittlung

In der angekündigten Note an den Völkerverbund erklärt die japanische Regierung, es sei ihre größte Sorge, die Angelegenheit auf friedlichem Wege und so schnell wie möglich zu regeln, und zwar durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Ländern.

Im Völkerverbundrat gab der japanische Delegierte eine Erklärung ab, die mit dem Hinweis auf die japanische Bereitschaft zu direkten Verhandlungen mit China in der Ablehnung jeder Völkerverbundsintervention gipfelte. Der japanische Delegierte dementierte die Meldungen über japanische Truppenlandungen in Tschifu, Tjingtau und anderen Punkten der chinesischen Küste.

Nach einer „Times“-Meldung hat jetzt der japanische Generalkonsul in Charbin angehtsichts der dortigen drohenden Lage telegraphisch die Entsendung von Truppen angefordert.

### Einigung Chinas?

Der Generalissimus in Kanton hat ein Telegramm Tschiangkaihschek erhalten, in dem sich dieser zur Demission bereit erklärt. Die Regierung von Kanton wird aufgefordert, sich an der Bildung einer neuen nationalen Regierung zu beteiligen und den alten Zustand zu vergessen. In Schanghai soll demnächst eine Friedenskonferenz abgehalten werden.

### „Graf Zeppelin“ bei den Kapverdischen Inseln

BRN. Hamburg, 26. Sept. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich nach einer Mitteilung der Hapag-Linie heute früh um 7 Uhr (MEZ) auf 15,57 Grad nördl. Breite und 26,46 Grad westl. Länge. (Die angegebene Position liegt hart westlich von den Kapverdischen Inseln.)

### Kleine Chronik

Am letzten Freitag ist in der Nähe von Weislingen a. d. Steig ein Flugzeug abgestürzt, dessen beide Insassen getötet wurden. Der Flugzeugführer, der Kunstflieger Georg Strähle, war der bekannte Perki-Melkameflieger, der über vielen deutschen Städten dieses Wort an den Himmel schrieb.

Im Hamburger Hafen ist kurz vor Mitternacht auf dem 5000-Tonnen-Dampfer „Reumark“ der Hapag ein Großfeuer ausgebrochen. Es gelang, das Feuer schließlich abzulöschen. Der Schaden dürfte nicht unerheblich sein. Der Dampfer hatte den ganzen Freitag unter Blaufäulegas zum Zwecke der Ungeziefervergiftung gestanden. Die das Schiff durchziehenden Gase erschwerten die Löscharbeiten erheblich.

Dem Wiener Tierchutzverein sind besonders aus ländlichen Bezirken schon über 20 000 Schwalben zugeführt worden. Der erste Schwalbentransport im Flugzeug ging Freitag mittag nach Italien. Von den 2000 Schwalben des ersten Transportes sind etwa 10 Proz. eingegangen. Von Innsbruck aus sind Schwalben mit Polizeiautos über den Brennerpaß nach Italien gebracht worden.

Bei dem New-Yorker Bundesgericht ist heute die Beschlagnahme des Flugzeuges „Do X“ wegen angeblicher Patentverletzung beantragt worden. Die Namen der Antragsteller sind Isaac Schafman und Jacob Thaler. Die Kläger verlangen außer der Konfiszierung des Flugzeuges selbst noch die Rechnungslegung über sämtliche Gewinne und Schadenersatz in der dreifachen Höhe der Gewinne des Flugzeuges.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	26. September		25. September	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	169.95	170.27	170.03	170.37
Kopenhagen 100 Kr.	91.91	92.09	94.91	95.10
Italien 100 L.	21.78	21.82	21.68	21.72
London 1 Pf.	15.98	16.02	15.25	15.27
New-York 1 D.	4.209	4.217	—	—
Paris 100 Fr.	16.63	16.67	16.63	16.67
Schweiz 100 Fr.	82.17	82.33	—	—
Wien 100 Schilling	59.16	59.28	—	—
Prag 100 Kr.	12.477	12.497	—	—

**Fundkrise und Reichsmark.** Die Bemerkung des Reichskanzlers in seiner Rede auf dem Empfang zu Ehren des Geheimrats Duisberg über geplante Maßnahmen der Regierung im Zusammenhang mit der Fundkrise sollen, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, keineswegs etwa bedeuten, die Reichsregierung wolle die Mark an das englische Pfund anhängen. Im Gegenteil bleibt die Regierung fest in ihrem Willen, keinerlei inflatorische Tendenzen aufkommen zu lassen.

**Die Schweiz bleibt bei der Goldwährung.** Bei der Aussprache über die schweizerische Finanzpolitik im Nationalrat erklärte der Vorsteher des Finanzdepartements, Bundesrat Muser, daß angesichts der besonderen Wirtschaftsverhältnisse der Schweiz die Aufrechterhaltung der Goldwährung des Schweizer Franken auf Goldparität beibehalten werden müsse; die englische Währungsfrage könne an dieser Politik nichts ändern.

**Erhöhung des Diskontsatzes in Dänemark und Norwegen.** Die dänische Nationalbank erhöht ihren Diskont von 4 1/2 auf 6 Proz., die norwegische Nationalbank hat den Diskontsatz von 5 Proz. auf 6 Proz. erhöht.

**Über Schwierigkeiten einer großen Pariser Bank wird berichtet:** Wie verlautet, handelt es sich um die Banque Nationale de Credit, deren Vorsitzender, Vircent, dieser Tage seinen Posten niedergelegt hatte. Eine Notierung der Aktien dieser Bank konnte Freitag nachmittag nicht zustande kommen. „Humanité“ behauptet, daß die Bank sehr große Verluste bei gewissen Finanzgeschäften und auch infolge des Zusammenbruchs ausländischer Banken erlitten habe. Es soll sich um 100 Millionen handeln. Ein Verwaltungsrat sei schnellzeitig eingesetzt und vom Ministerrat bestätigt worden. Die Credite Lyonnaise soll es angehtsichts unternehmen haben, die Banque Nationale de Credit zu sanieren. Nach einer weiteren Meldung ist ein Garantiefonds gebildet worden. Die Bank ist also in der Lage, ihre Tätigkeit normal fortzusetzen, und allen ihren Verpflichtungen nachzukommen. Banque Nationale de Credit steht unter den 6 großen französischen Depositenbanken ihrem Geschäftsumfang nach an vierter Stelle. Sie wurde im Jahre 1913 gegründet und unterhält allein in Paris 37 Filialen, außerdem 513 Provinz- und drei Auslandsfilialen. Die Bilanz weist an Einlagen 5,5 Milliarden Franken auf. Das sind mehr als 900 Millionen Reichsmark. Für das Geschäftsjahr 1930 zahlte die Bank noch eine Dividende von 14 Prozent.



## Aus der Landeshauptstadt

### Herbstmodenschau

Dei Tage lang war im Café Museum, nachmittags und abends, große Modenschau. Die Damenwelt war lebhaft interessiert. (Herren sieht man bekanntlich bei diesen Veranstaltungen weniger!) Und es gab wirklich viel Schönes zu sehen: Morgenröde, Vormittagskleider, Pelzjaden, Pelze, Nachmittags- und Teekleider, Abendkleider und was an eleganten Dingen dazu gehört. Hüte, Taschen, Handschuhe, Schmuck usw. wurde aus Karlsruher Häusern gezeigt.

Die Vormittagskleider haben sich nicht viel geändert, sie sind praktisch, hübsch und jugendlich. Pelzjaden wurden in normaler Länge, bis über die Hüften getragen. Die kurzen Jäckchen, die in der Taille enden, bleiben nur den ganz Schlanken vorbehalten. Man trägt viel kurzgeschorene Pelze: Persischer, Astrachan, Fohlen. Die Pelzmäntel machten zum Teil die Mode der interessantesten, am Ellbogen oder knapp über dem Handgelenk erweiterten Ärmel, mit. Doch vertrugen gerade Pelze wenig extravagante Formen. Das Material wirkt am besten in glatter Verarbeitung. Das Wollkleid für den Nachmittag hat sich durchgesetzt. Besonders hübsch war ein blaues Kleid mit breitem Schultertrager, das mit einer weißen Bluse getragen wurde. Es ist sehr zu begrüßen, daß die fünf vorführenden Mannequins ganz verschiedene Figuren hatten. Am schönsten sehen natürlich alle Kleider, vom sportlichen bis zum weiblichsten Abendkleid an schlanken, hochgewachsenen blonden Mannequins aus. Aber man verfolgte mit der Modenschau ganz offensichtlich die Absicht, Kleider zu zeigen, wie sie aussehen, nicht wie sie am idealen Körper aussehen können, und ließ darum die Kleider nicht nur von jugendlichen schlanken Mannequins, sondern auch von vollschlanken und sogar von einem fast corpulenten Mannequin vorführen. Es spricht für die Güte der Modelle, daß alle Vorführenden trotzdem eine recht gute Figur machten.

Besonderes Aufsehen erregte ein dunkelrotes Abendkleid aus einem schweren Crêpe de Chine. Das Kleid ist mit einem Tuch aus dem Stoff des Kleides zu tragen, das um die Schultern gelegt und vorn zu einem losen Knoten geschlungen wird. Spitze sieht man am Nachmittags- und Abendkleid. Abendjaden sind manchmal capeartig. Neben Schwarz und Weiß kommt auch Rot und Grün zur Geltung. Zu jedem Kleid kann man den passenden Handschuh tragen: rotes Wollkleid zum roten Kleid, grünes Leder zum grünen Kleid. Zu den allermeisten Kleidern wirkt ein schwarzer Handschuh sehr gut. Zum Abendkleid zeigte man einen interessanten Handschuh mit ganz weicher Stulpe. Die Stulpe nicht länger als etwa 20 Zentimeter. Der lange Handschuh geht natürlich bis zum Ellenbogen. Zum

Material der Kleider ist noch zu sagen, daß einfarbige Stoffe im Vordergrund stehen. Das ist auch ganz natürlich. Denn die Schönheit der neuen Mode liegt ja in der Linie, die man durch Einheit leicht zerstören würde.

Die Hundsfäden, nicht abgeholtene Hand- und Reisegepäckstücke, sowie unanbringliche Frachtgüter, die im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in den Monaten Mai-Juni 1931 anfielen, werden — wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich — am 1. und 2. Oktober 1931 im Versteigerungsraum des Hauptbahnhofes Karlsruhe (Eingang Magau-Bahnhof), jeweils 8 und 14 Uhr beginnend, öffentlich versteigert.

Die Parteienuniform. Ein junger Mann von auswärts, der sich am Freitag nachmittag entgegen dem bestehenden Verbot in der Parteienuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf der Kaiserstraße bewegte, wurde festgenommen und dem Schnellrichter vorgeführt.

Babischer Kunstverein E. V. Auf die zur Zeit im Kunstverein anlässlich der Karlsruher Herbsttage veranstaltete „Bildnis-Ausstellung“, die von über 100 Künstlern Karlsruhe und Badens besetzt ist, sei besonders hingewiesen. Die Ausstellung bietet hinlänglich Gelegenheit, die Auffassung der einzelnen Künstler kennenzulernen. Es wäre zu wünschen, daß sie im Publikum, die Anregung, sich porträtieren zu lassen, vielen geben möge, und so dazu beitragen könnte, die Schaffenskraft unserer Künstler zu erhalten und ihnen den Daseinskampf zu erleichtern. Die Preise für Aufträge sind den Zeitungsverhältnissen selbstverständlich angepaßt. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstag morgen: Die Druckverteilung über Mitteleuropa ist unverändert geblieben, jedoch fördert die Nordströmung Wärmelufte über unser Gebiet, die im Norden den hohen Druck umströmt haben. Die wolkige und kühlere Witterung wird anhalten. Voraussage: Meist wolfig und sehr kühl, höchstens vereinzelte leichte Regen, nördliche Luftzufuhr.

Wasserstände: Badstut 301 minus 1, Basel 106 minus 9, Schutterinsel 161 minus 9, Rehl 814 minus 6, Magau 490 minus 9, Mannheim 401 minus 9, Laub über 200 Zentimeter.

Privatbahn von Forzheim nach Ittersbach. Mit Ermächtigung des württembergischen Staatsministeriums ist der Stadt Forzheim das Recht zum Bau und Betrieb einer schmalspurigen elektrischen Bahn von Forzheim nach Ittersbach, soweit württembergisches Gebiet berührt wird, verliehen worden.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 25. Sept. Donnerstag Nachmittag blieb am Neubau der Rheinbrücke ein 88 Jahre alter verheirateter Zimmermann aus Groß-Berau beim Verlegen des Fahrgerüsts vermutlich an einem Rietenhof hängen, so daß er aus etwa 11 Meter Höhe abstürzte. Er wurde tödlich verletzt.

D. J. Rehl, 25. Sept. Beim Versuch, die Grenze nach Frankreich zu überschreiten, ist gestern hier ein gewisser Ulrich Dürhoffer verhaftet worden, der in Korbach (bei Stuttgart) einen Raubmordverbrechen an einem Eisenbahnbeamten gemacht hatte und diesen durch einen Bauhüchler schwer verletzt hatte.

Bad. Freiburg i. Br., 26. Sept. Ein neues Hotel soll hier errichtet werden, und zwar in der Eisenbahnstraße. Es handelt sich um ein Anwesen, das früher Eigentum der Großherzoglichen Hofverwaltung war und das, weil baufällig, völlig neu ausgebaut werden soll. Die Baukosten sind auf 220 000 RM. veranschlagt. Der Bezirksrat hat das Konzessionsgesuch trotz Einspruchs der Vereinigung der Hoteliers und Gastwirte genehmigt.

## Badisches Landesbheater Karlsruhe

Spielplan vom 29. September bis 4. Oktober 1931.  
Dienstag, 29. Sept. Volksbühne: Septembervorstellung: Julius Cäsar. Von Shakespeare. 19.30 bis 22.30. (3,50). Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.  
Mittwoch, 30. Sept. \* A 4 (Mittwochmiete). Th.-Gem. III. S.-Or. 1. Hälfte. Die Frau ohne Schatten. Von Richard Strauss. 19 bis 22.15. (6,30).  
Donnerstag, 1. Okt. \* D 4 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. III. S.-Or. 2. Hälfte. Tempo über hundert. Von Franz Cammerlohr. 20 bis nach 22. (3,50).  
Freitag, 2. Okt. \* F 2 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1001—1100. Die Entführung aus dem Serail. Von Mozart. 20 bis gegen 22.30. (4,90).  
Samstag, 3. Okt. \* G 3. Th.-Gem. 1201—1300. Im weißen Hühn. Singpiel von Ralph Benatzky. 20 bis 23. (5,70).  
Sonntag, 4. Okt. Vormittags: Morgenfeier „Johann Strauß“. 11.15 bis 12.30. (0,40 bis 0,80).  
Abends: \* B 3. Th.-Gem. 1101—1200. Lohengrin. Von Wagner. 18.30 bis 22.15. (6,30).  
Im Städtischen Konzerthaus:  
Sonntag, 4. Okt. \* Frauen haben das gern. Schwan-Operette von Walter Kollo. 19.30 bis nach 21.30. (2,60).

# Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:



## Holzkreuze

von der einfachsten bis zur reichsten Ausführung nach eigenen und gegebenen Entwürfen fertig

**Alfons Coenen**  
ARCHITEKT UND BILDHAUER  
Karlsruhe i. B., Lessingstr. 7, Tel. 5306

Maschineller Holzbearbeitungsbetrieb und Möbelfabrikation  
Erstklassige Referenzen L. 430

## Armbruster & Co.

Bauunternehmung L. 236  
Beton- und Eisenbetonbau  
Zementröhren- u. Kunststeinfabrik  
Fabrikation von Holzröhren und Bottichen

Freiburg = Littenweiler

Büro und Werk Kappler Str. 50. Telefon 3880

## Heinrich Stöcker G. m. b. H.

vormalis FR. KIRCHENBAUER

Bauunternehmung  
für Hoch-, Tief- u.  
Eisenbetonbau  
Umbauten aller Art

KARLSRUHE I. B.  
Lessingstr. 1a Tel. 1020

L. 283

### Besehung eines Kreisbezirks im Amtsbezirk Freiburg i. Br.

Das Ministerium des Innern hat im Amtsbezirk Freiburg eine Neueinteilung der Kreisbezirke vorgenommen, die auf 1. Januar 1932 in Kraft treten soll, und dabei einen weiteren — 10. — Kreisbezirk mit dem Sitz in Hugstetten errichtet. Derselbe umfaßt die Gemeinden Buchheim, Gottenheim, Gundelfingen, Hochdorf, Hugstetten, Lehen, Muzingen, Neuershausen, Opfingen, Riegen, Umkirch, Waltershofen und Wildtal.

Verwerbungen um die Stelle sind bis zum 25. Oktober d. J. einzureichen. Hierbei sind Namen, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und Tätigkeit seit dem Zeitpunkt der Prüfung anzugeben.

Der Bewerbung ist in Urchrift oder in beglaubigter Abschrift beizulegen:

1. das Geburtszeugnis;
2. das Zeugnis über die bestandene Prüfung;
3. ein polizeiliches Leumundzeugnis;
4. Zeugnisse über die Beschäftigung seit dem Zeitpunkt der Prüfung;
5. ein bezirksärztliches Zeugnis über die für die Ausübung der Tätigkeit erforderliche Gesundheit und körperliche Nützlichkeit.

Verwerbungen, welche innerhalb der Bewerbungsfrist nicht vollständig, also nicht mit sämtlichen vorgeschriebenen Angaben und Anlagen, eingereicht werden, dürfen bei Zuteilung des Kreisbezirks nicht berücksichtigt werden.

Freiburg i. Br., den 19. September 1931.

Badisches Bezirksamt.

212. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Anton Schneider, Ingenieurbüro und Kunststeinfabrik in Karlsruhe, Friedenstraße 20, wurde unterm 17. September 1931 mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, den 19. Sept. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

213. Karlsruhe. Über den Nachlaß des verstorbenen Möbeldüblers Ernst Gooß in Karlsruhe, Kreuzstraße 26, wurde heute vormittag 8 Uhr Konkurs

eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Sigmund Weder in Karlsruhe, Kaiserstraße 235. Konkursforderungen sind bis zum 15. Oktober 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: Freitag, den 23. Oktober 1931, vormittag 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe.

Das Fundbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert am 1. u. 2. X. 31, jeweils 8 u. 14 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hof (Eingang Magauhof) öffentlich gegen Barzahlung die Fundgegenstände, Anfall Mai—Juni 31, nicht abgeholte Hand- und Reisegepäck sowie unanbringliche Frachtgüter, darunter Taschenuhren, Schmuck, Fern- u. Augenkläser, 5 Herrenräder, 1 Damenrad, 3 Paar Schneeschuhe m. Stöden, 4 Photoapparate. Die besonders

gen. Gegenstände werden am 1. X. von 10 Uhr an ausbezogen. R. 641

### Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Schweigen verpachtet im öffentlichen Versteigerung am Donnerstag, den 15. Oktober 1931, vormittag 11 Uhr, im „Mler“ Schweigen folgende Staatsjagden in der Schweiginger Hardt auf 6 Jahre:

1. Jagdgebiet I circa 1800 ha Staatswald Hbt. I 11, 13—23, 33—47, 70—89.
2. Jagdgebiet II circa 779 ha Staatswald Hbt. I 31, 32, 48—69 und Zugmantelfeld 119 ha. R. 640

Nachbedingungen beim Forstamt ersichtlich.

### Graue Haare

erhalten durch „Sonja-Compact“. Preis 2 RM. u. Porto. L. 424  
Wiltberger & Co., Augsburg II/155.

## Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Berrheim, Tauberhofsheim, Buchen, Oberbrunnen, Seidenberg, Mannheim, Bruchsal, Forzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Rehl-Offenburg, Kinsigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Lingau-Gruberg, Strass und Kusanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsglied für Jagd- und Fährverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Aufschrift: „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spatenstraße 11. L. 419

## BAD. KUNSTVEREIN E. V.

WALDSTRASSE NR. 3

Anlässlich der Karlsruher Herbst-Tage vom 26. September bis 19. Oktober 1931

L. 431

## BILDNIS-AUSSTELLUNG

Geöffnet: Werktags 10—1 und 3—5 Uhr

Sonntags 11—1 Uhr

Eintritt für Nichtmitglieder 50 Rpf.

Werdet Mitglied des Kunstvereins!

Jahresbeitrag für die Familie nur 6 bzw. 8 RM.

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Erhardt, Ermarth, Seifing, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Hiel, Höder, Gospach, Kienischer, Kloebe, Kuhn, Ruther, Wehner, B. Müller, Brüder, Schulze, b. d. Trend, Corhaug, Kühr, Lindemann, S. Müller, Nagel, Ribinius, Seibert, Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende 22<sup>1/4</sup>, Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigelegt.

Die 29. 9. Julius Cäsar. Mi. 30. 9. Die Frau ohne Schatten. Do. 1. 10. Tempo über hundert. Fr. 2. 10. Die Entführung aus d. Serail. Sa. 3. 10. Im weißen Hühn. So. 4. 10. Vormittags: Morgenfeier. Abends: Lohengrin. Im Konzerthaus: Frauen haben das gern.

Regie: Buscha

Mitwirkende:

Blatt, Franz, Fischbach, Haberborn, Reich-Dörich, Winter, Kalle, Friedrich, Gospach, Kiefer, Löfer, Ritschl, Schoepflin, Straß, Anfang 19 Ende 22<sup>1/4</sup>, Preise E (1—6,30)

Montag, den 28. Sept. 1931

Volksbühne: Septembervorstellung

Julius Cäsar

Von Shakespeare

Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende n. 21<sup>1/2</sup>, I. Parkett 2,60 RM

Regie: Stern

Mitwirkende:

Genter, Janz, Rabemacher, Seiberlich, Seifing, Hofz, Brand, Ernst, Kloebe, B. Müller, Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende n. 21<sup>1/2</sup>, I. Parkett 2,60 RM

Regie: Hertz

Mitwirkende:

Genter, Janz, Rabemacher, Seiberlich, Seifing, Hofz, Brand, Ernst, Kloebe, B. Müller, Anfang 19<sup>1/2</sup>, Ende n. 21<sup>1/2</sup>, I. Parkett 2,60 RM

Druck G. Braun, Karlsruhe